



Tax News Nr. 06/2022 Dezember

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Mit unserer letzten Ausgabe der Tax News vor dem Jahresende möchten wir Sie über die ertragsteuerlichen Änderungen 2023 informieren. Die lang erwartete Veröffentlichung der Richtlinie zum Energiekostenzuschuss gilt als Startschuss für die entsprechenden Anträge. Mittels Initiativantrag wurde die Gewinnabschöpfung für Öl- und Gasfirmen und die Erlösobergrenze für Stromerzeuger eingeführt. Wir geben Ihnen darüber ab [Seite 4](#) einen Überblick.

Die Information, welche Prüfungsschwerpunkte die Finanzpolizei derzeit setzt (ab [Seite 7](#)), soll Ihnen die Chance geben, noch rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Ein Blick auf interessante höchstgerichtliche Entscheidungen und der letzte Check für den Termin 31.12.2022 runden diese Ausgabe der Tax News ab. Sollten zu einem der Themen Fragen aufkommen, zögern Sie bitte nicht, sich bei uns zu melden – wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

Wir wünschen Ihnen für die bevorstehenden Festtage eine ruhige und besinnliche Zeit und alles Gute für das Jahr 2023!

Ihr Team von Rabel & Partner

Inhalt

Ertragsteuerliche Änderungen - Ausblick auf 2023	2
Neue Details zum Energiekostenzuschuss	4
Gewinnabschöpfung und Strompreisdeckel	6
Finanzpolizei - Prüfungsschwerpunkte	7
Aktuelle höchstgerichtliche Entscheidungen	9
Last Minute - 31.12.2022	10
News	11

Ertragsteuerliche Änderungen - Ausblick auf 2023

Anpassung der Grenze für Kleinunternehmerpauschale

Mit dem StRefG 2020 wurde erstmals für das Veranlagungsjahr 2020 eine Kleinunternehmerpauschalierung geschaffen. Diese Pauschalierung wurde bereits in ihrer ursprünglichen Form an die umsatzsteuerliche Regelung des Kleinunternehmers gekoppelt. Mit Initiativantrag vom 13.10.2022 wurde nun auch für diese **Pauschalierungsregelung der Inflation Rechnung** getragen und folgende Ausnahmen von der Koppelung an die umsatzsteuerlichen Regelungen beschlossen:

- Der für die einkommensteuerliche Pauschalierung maßgebliche Betrag wird von € 35.000,- auf € 40.000,-, somit um € 5.000,- erhöht.
- Einkünfte, die nicht von der Pauschalierung erfasst sind, haben keinen Einfluss auf den für die Pauschalierung maßgeblichen **Höchstbetrag von € 40.000,-**.

Diese Regelung ist ab der Veranlagung für 2023 anwendbar.

Beispiel: Erzielt ein Steuerpflichtiger Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit von € 37.000,- und Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von € 10.000,-, so kann er die Pauschalierung für die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit anwenden, da die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung nicht pauschalierungsfähig sind.

Jahresabschlussposten im Lichte der Zinserhöhungen

Seit Beginn des Ukraine-Krieges leiden wir aufgrund von hohen Inflationsraten unter den massiven Teuerungen auf allen Ebenen des täglichen Lebens. Um diese Inflationsraten zu bekämpfen, wurden schrittweise die **Leitzinssätze** von der Europäischen Zentralbank von anfänglich 0% auf derzeit **2,00%** erhöht. Dies wirkt sich nicht nur direkt auf die Verteuerung der Finanzierungskosten aus, sondern beeinflusst auch die Bewertung von Bilanzposten im Jahresabschluss. Speziell werden sich die neuen Zinssätze auf die Höhe der **Sozialkapitalrückstellungen** aus-

wirken. Je nachdem, ob ein aktueller Marktzinssatz oder ein gewichteter Durchschnittzinssatz bei der Bewertung angewendet wird, zeigen sich die Änderungen unmittelbar oder verteilt über einen längeren Zeitraum. Die Zinserhöhungen werden daher in den meisten Fällen noch längere Nachwirkungen haben. Der Zinssatz für die steuerliche Rückstellungsbildung beträgt aber unverändert 6%.

Aber nicht nur bei der Rückstellungs- bzw. Forderungsbewertung, sondern auch im Rahmen von **Finanzinstrumenten** können die erhöhten Zinsen Auswirkungen zeigen. Bei niedrigfestverzinsten Forderungen (z.B. Anleihen) führen die erhöhten Zinsen zu sinkenden Kurswerten, was u.U. zu einer Abwertung der Vermögenswerte führen kann.

TIPP: Wir empfehlen daher, bei der Bilanzierung der Jahresabschlüsse der aktuellen Zinsentwicklung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Lohnnebenkostensenkung im Bereich DB und UV

Im Zuge des Teuerungs-Entlastungspakets I und II wurde eine „Entlastung“ im Bereich der Lohnnebenkosten beschlossen. Ab dem 01.01.2023 ist es möglich, den **Dienstgeberbeitrag** von derzeit 3,9% **auf 3,7%** zu senken. Ebenfalls wird per 01.01.2023 der **Unfallversicherungsbeitrag** von derzeit 1,2% **auf 1,1% herabgesetzt**.

Während der Unfallversicherungsbeitrag für alle per 01.01.2023 einheitlich herabgesetzt wird, hat sich der Gesetzgeber für die Senkung des Dienstgeberbeitrags eine etwas eigenwillige Zwischenlösung überlegt. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Ab dem 01.01.2025 beträgt der Dienstgeberbeitrag einheitlich 3,7% (statt 3,9%).
- **Bereits ab dem 01.01.2023** ist es möglich, den verringerten Satz von 3,7% anzuwenden, wenn es dafür eine lohngestaltende Vorschrift (z.B. Kollektivvertrag oder Betriebsvereinbarung) gibt oder **dies innerbetrieblich für alle Dienstnehmer** oder bestimmte Gruppen von Dienstnehmern **festgelegt wird**.

Da wohl jeder Arbeitgeber die Lohnnebenkostensenkung in Anspruch nehmen möchte, wird die innerbetrieblich einheitliche Festlegung die am häufigsten „verwendete“ Maßnahme sein, um in den Genuss dieser „massiven“ Entlastung zu kommen. Die innerbetriebliche Festlegung ist **einseitig und formlos** möglich.

TIPP: Für allfällige Kontrollen sollte auf Empfehlung des BMAW/BMF ein interner Aktenvermerk mit folgendem Inhalt angelegt werden: „Gemäß § 41 Abs 5a Z 7 Familienlastenausgleichsgesetz wird der Dienstgeberbeitrag für alle Dienstnehmer, für die der Beitrag zu entrichten ist, in den Jahren 2023 und 2024 mit 3,7% der Beitragsgrundlage festgelegt.“

Erhöhung Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter

Die Grenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wird ab 01.01.2023 von derzeit € 800,- **auf € 1.000,-** angehoben werden. Diese Maßnahme wirkt sich nicht nur bei den betrieblichen Einkünften, sondern etwa auch bei den Werbungskosten aus unselbständiger Tätigkeit aus.

Investitionsfreibetrag ab 2023

Wir haben Sie bereits mehrfach über die neue Möglichkeit der Inanspruchnahme eines **Investitionsfreibetrages (IFB) ab dem 01.01.2023** informiert.

Der Investitionsfreibetrag führt zu einer zusätzlichen Abschreibung von 10% (bei klimafreundlichen Investitionen 15%) der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Anlagegüter (für maximal € 1 Mio. Anschaffungskosten p.a.). In einer aktuellen Anfragebeantwortung wurden nun Detailfragen zum IFB bei der Anschaffung von Fahrzeugen klargestellt:

- Die Anschaffung eines **E-KFZ** ist weder nach dem Kaufvertragsdatum noch der Zulassung zu beurteilen. Es ist der **Zeitpunkt** der Erlangung der wirtschaftlichen Verfügungsmacht maßgeblich, das wird daher in der Regel die **Übergabe** sein.
- Gebrauchte Wirtschaftsgüter kommen analog zur Sichtweise des Gewinnfreibetrags nicht in den Genuss eines Freibetrags. Daher sind **E-Vorführfahrzeuge** vom Investitionsfreibetrag

ausgeschlossen.

- Für ein **E-Leasingfahrzeug** kann der Investitionsfreibetrag vom jeweiligen wirtschaftlichen Eigentümer geltend gemacht werden.

Weitere Klarstellungen werden im EStR-Wartungserlass 2022 zu lesen sein, der Anfang 2023 veröffentlicht werden soll. In einer Verordnung sollen die dem Bereich der Ökologisierung zuordenbaren Investitionen präzisiert werden, wobei sich das Finanzamt dabei fachspezifischer Experten bedienen kann.

TIPP: Der IFB steht grundsätzlich auch für aktivierte Teilbeträge der Anschaffungs- und Herstellungskosten zu. Für bereits im Jahr 2022 aktivierte Teilbeträge kann der IFB bei Anschaffung/Herstellung nach dem 31.12.2022 noch geltend gemacht werden.

Bausparprämie 2023

Die Höhe der Bausparprämie beträgt auch für das Kalenderjahr 2023 unverändert 1,5% der prämienebegünstigten Bausparkassenbeiträge. Das sind € 18,- Prämie.

Die Autobahnvignette für 2023

Die um 2,8% erhöhten Preise für die neue Autobahnvignette in der Farbe Purpur betragen für den Zeitraum 01.12.2022 bis 31.01.2024:

in €	Jahresvignette	2-Monatsvignette	10-Tagesvignette
einspuriges KFZ	38,20	14,50	5,80
mehrspuriges KFZ bis 3,5 t	96,40	29,00	9,90

E-Card Serviceentgelt 2023

Das Serviceentgelt für die e-card fällt für Personen an, die am 15. November in einem krankenversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Für 2023 war am 15.11.2022 ein Serviceentgelt von € 12,95 fällig.

Neue Details zum Energiekostenzuschuss

Nach langem Warten wurde am 21. November 2022 die Richtlinie zur Gewährung eines Energiekostenzuschusses für Unternehmen veröffentlicht und die Beihilfe wurde durch EU-Kommission genehmigt.

Sofern eine Voranmeldung bis 28.11.2022 erfolgte, ist es demnach nun möglich, erste Anträge auf Gewährung eines Energiekostenzuschusses zu stellen. Die AWS vergibt hierfür konkrete Zeitfenster (seit dem 29. November 2022), welche anhand der Reihenfolge der Voranmeldung zeitlich gestaffelt werden. Eine Antragsstellung ist nur in diesem zugewiesenen Zeitfenster möglich. Die Reihenfolge der Beantragung des Energiekostenzuschusses ist für die Vergabe der Fördermittel von Bedeutung. Aufgrund der fixen Budgethöhe kann nicht sichergestellt werden, dass alle antragstellenden Unternehmen auch einen Energiekostenzuschuss erhalten. Die budgetären Mittel werden nach dem „First Come - First Served“ - Prinzip vergeben.

Neuigkeiten durch die Richtlinie über die Gewährung eines Energiekostenzuschusses:

Förderfähige Unternehmen:

Mit dem Unternehmens-Energiekostenzuschuss (UEZ) werden grundsätzlich energieintensive Unternehmen gefördert. Darunter fallen alle gewerblichen und gemeinnützigen Unternehmen und unternehmerische Bereiche von gemeinnützigen Vereinen, deren jährliche Energie- und Strombeschaffungskosten sich auf mindestens 3% des Produktionswertes (= Umsatzerlöse +/- Vorratsveränderungen Erzeugnisse - Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf) belaufen. Die Ermittlung der Energieintensität hat grundsätzlich auf Basis der Daten des Jahres 2021 zu erfolgen (Jahresabschluss oder Einnahmen-Ausgabenrechnung).

Für die Beantragung eines Zuschusses im Rahmen der Basisstufe (= Stufe 1) kann alternativ auch auf die Daten im Zeitraum 1. Jänner 2022 bis 30. September 2022 abgestellt werden, wobei hier bei der Ermittlung des Produktionswertes Bestandsveränderungen außer Acht gelassen werden können.

Restriktionen für antragstellende Unternehmen:

Sämtliche antragstellenden Unternehmen haben sich zu Energiesparmaßnahmen zu verpflichten. Diese umfassen das Unterbleiben der Nachtbeleuchtung, die Unterlassung der Heizung im Außenbereich sowie ein Verbot des dauerhaften Offenhaltens von Außentüren. Die Richtlinie sieht allerdings auch Ausnahmen von dieser allgemeinen Bestimmung vor, sofern dies für die Betriebsführung erforderlich ist. Dies umfasst beispielsweise bei der Abschaltung der Nachtbeleuchtung Ausnahmen für Dauer- bzw. Schichtbetriebe oder Beleuchtung aus Sicherheitsaspekten.

Darüber hinaus müssen sich antragstellende Unternehmen dazu verpflichten, ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Richtlinie (21. November 2022) keine Bonuszahlungen an Vorstände oder Geschäftsführer für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von mehr als 50% ihrer Bonuszahlungen für das Wirtschaftsjahr 2021 auszuführen. Bereits vor dem 21. November 2022 ausgezahlte oder gewährte Bonuszahlungen sind von dieser Regelung nicht betroffen.

Nicht förderfähige Unternehmen:

Die Richtlinie enthält einen Katalog an Unternehmen, die als nicht förderfähig anzusehen sind. Diese umfassen u.a. staatliche Einheiten mit Ausnahme von Unternehmen, die im Wettbewerb mit anderen stehen und keine hoheitlichen Aufgaben vollziehen, Gebietskörperschaften, Unternehmensneugründungen ab 01.01.2022, energieproduzierende oder mineralölverarbeitende Unternehmen, Unternehmen der land- und forstwirtschaftlichen Urproduktion, freie Berufe und weitere (Details siehe Punkte 8.4. der Richtlinie).

Inhalt der Förderung:

Ganz allgemein ist eine Förderung von Mehrkosten für Energiekosten im Zeitraum 1. Februar 2022 bis 30. September 2022 mit bestimmten Obergrenzen vorgesehen (Details siehe nächsten Punkt). Darüber hinaus werden die Kosten für die Antragstellung in der Basisstufe (bei einem Zuschuss von maximal € 20.000) pauschal mit € 500 ersetzt. Die Förderung erfolgt in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen als Einmalzahlung.

Die vier Förderstufen:

Förderungen im Rahmen des Energiekostenzuschusses sind in vier Förderstufen möglich, wobei vom Unternehmer auszuwählen ist, für welche Förderstufe der Antrag gestellt wird. Die nachfolgende Tabelle sollen einen vereinfachten Überblick über die Voraussetzungen bieten:

Förderstufen	Voraussetzungen	Förderhöhe	Max. absolute Zuschuss Höhe	Gefördert werden
Stufe 1	Energiekosten mind. 3% des Produktionswertes <u>oder</u> Umsatz < € 700.000,-	30% der Preisdifferenz zum Vorjahr	min. € 2.000,- max. € 400.000,-	- Strom - Erdgas - Treibstoffe
Stufe 2	zusätzlich: zumindest Verdoppelung der Preise	Verbrauch (max. 70% VJ) x Anstieg Arbeitspreis (= Arbeitspreis – 2 x VJ-Preis) x 30%	max. € 2 Mio.	- Strom - Erdgas
Stufe 3	zusätzlich: Betriebsverlust aufgrund hoher Energiekosten + förderfähige Kosten müssen mind. 50% des Betriebsverlustes ausmachen	Verbrauch (max. 70% VJ) x Anstieg Arbeitspreis (= Arbeitspreis – 2 x VJ-Preis) x 50% (mit Deckelung 80% des Verlustes)	max. € 25 Mio.	- Strom - Erdgas
Stufe 4	ausgewählte Branchen, z.B. Aluminium / Papierindustrie	Verbrauch (max. 70% VJ) x Anstieg Arbeitspreis (= Arbeitspreis – 2 x VJ-Preis) x 70% (mit Deckelung 80% des Verlustes)	max. € 50 Mio.	- Strom - Erdgas

Berechnungshilfen werden von der AWS [hier](#) zur Verfügung gestellt.

Gewinnabschöpfung und Strompreisdeckel

Die Bundesregierung hat am 18.11.2022 einen Initiativantrag zur **Abschöpfung von Übergewinnen energieproduzierender Unternehmen eingebracht** (Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom und über den Energiekrisenbeitrag für fossile Energieträger). Mit dieser Maßnahme sollen lt. BMF zwei bis vier Milliarden Euro an Einnahmen generiert werden, mit denen Unterstützungen für Haushalte und Unternehmen finanziert werden sollen. Die Bundesregierung reagiert mit dem nunmehr vorliegenden Gesetzesentwurf auf die Vorgaben der EU-Kommission, welche am 06.10.2022 eine Verordnung betreffend Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise erlassen hat.

Energiekrisenbeitrag für Strom

Dem **Energiekrisenbeitrag für Strom (EKB-S)** soll die Veräußerung von im Inland erzeugtem Strom aus Windenergie, Solarenergie, Erdwärme, Wasserkraft, Abfall und weiterer Energiequellen durch den Stromerzeuger unterliegen. Ebenfalls umfasst ist die Realisierung von Veräußerungsrechten auf Strom. Bestimmte Befreiungen sind unter anderem für die Veräußerung von Strom aus Demonstrationsprojekten oder bei Strom für Zwecke des Engpassmanagements vorgesehen.

Der Energiekrisenbeitrag für Strom soll **90% der Überschusserlöse aus der Veräußerung von Strom, welche zwischen dem 1. Dezember 2022 und dem 31. Dezember 2023 erzielt** werden, betragen. Als Überschusserlös gelten Erlöse, die eine Obergrenze von **€ 140,- je MWh Strom** überschreiten. Erleichterungen sind für Unternehmen vorgesehen, die hohe indirekte Investitions- und Betriebskosten aufweisen. Außerdem soll die Möglichkeit eines Absatzbetrages für begünstigte Investitionen vorgesehen werden – hierdurch kann die maßgebliche Obergrenze auf max € 180,- je MWh Strom erhöht werden. Voraussetzung für die Geltendmachung eines Absatzbetrages ist die Anschaffung oder Herstellung von neuen, begünstigten Investitionsgütern nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. Jänner 2024. Begünstigte Investitionen sind im Ausmaß von 50% der tatsächlichen Anschaffungs- und

Herstellungskosten, höchstens mit € 36,- je MWh (=90% der Obergrenzenenerhöhung), als Absatzbetrag zu berücksichtigen.

Da bei **verbundenen Unternehmen** die Möglichkeit besteht, dass die Lieferung von Energie nicht zu marktüblichen Konditionen erfolgt, soll bei Erlösen an verbundene Unternehmen als Markterlös jener Betrag angesetzt werden, der den marktüblichen Konditionen mit Dritten auf derselben Stufe der Lieferkette entspricht. Es ist daher möglich, dass Mehrerlöse seitens des liefernden Unternehmens abzuführen sind, die dieses nicht realisiert hat.

Der **Energiekrisenbeitrag-Strom** ist für **zwei Zeiträume gesondert zu entrichten**: Für den Zeitraum 1. Dezember 2022 bis 30. Juni 2023 ist er am **30. September 2023** (Fälligkeitstag) zu entrichten. Für den Zeitraum 1. Juli 2023 bis 31. Dezember 2023 ist er am **31. März 2024** (Fälligkeitstag) zu entrichten.

Energiekrisenbeitrag für fossile Energieträger

Abweichend vom Energiekrisenbeitrag für Strom soll der Erhebungszeitraum für den **Energiekrisenbeitrag für fossile Energieträger (EKB-F)** das **zweite Kalenderhalbjahr 2022 und das Kalenderjahr 2023** umfassen. Beitragspflichtig sind Unternehmen, die im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätig sind. Dies sind Unternehmen oder Betriebstätten, die mindestens 75% ihres Umsatzes in den Bereichen Extraktion, Bergbau, Erdölraffination oder Herstellung von Kokereierzeugnissen erzielen. Bemessungsgrundlage des Energiekrisenbeitrages für fossile Energieträger stellt der steuerpflichtige Gewinn des jeweiligen Erhebungszeitraumes dar, der dem durchschnittlichen steuerpflichtigen Gewinn des Vergleichszeitraumes (2018 – 2021) gegenübergestellt wird. Der **Energiekrisenbeitrag beträgt 40% jenes Gewinnes**, der um 20% über dem Durchschnittsbetrag des Vergleichszeitraumes liegt. Der Energiekrisenbeitrag soll nicht als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar sein.

Erleichterungen sollen auch hier in Form von Absatzbeträgen für begünstigte Investitionen gelten.

Finanzpolizei - Prüfungsschwerpunkte

Es mag sein, dass die Anforderungen an eine elektronische Registrierkassa und korrekte Arbeitszeitaufzeichnungen durch all die zusätzlichen Belastungen rund um die Corona-Pandemie bei manchen Unternehmen etwas in den Hintergrund getreten sind. Jedenfalls ist das der Eindruck der Finanzpolizei, die hier nun Schwerpunkte der Überprüfung setzen wird.

Registrierkassenprüfung

Bei gut 67% der überprüften Registrierkassen im abgelaufenen Jahr wurden Verstöße festgestellt und zur Anzeige gebracht. Diese reichen auf der Seite der Hardware von einem gänzlichen Fehlen einer Registrierkasseneinheit oder deren Nichtbenutzung bis zur mangelhaften technischen Voraussetzung (z.B. „Registrierkassensicherheitseinrichtung derzeit nicht verbunden“). Besonderes Augenmerk gilt den Registrierkassenbelegen, die als **Monatsbeleg** ausgedruckt und aufbewahrt werden müssen sowie dem **Jahresbeleg**, der über die Belegcheck-App bis zum 15.2.2023 an das Finanzamt hochgeladen werden muss. Im Rahmen von Mystery Shopping und Beobachtung von Geschäftsvorgängen wird auf die **Belegerteilungspflicht** („Brauchen’s a Rechnung...“) besonders geachtet. Verstöße dieser Art stellen eine **Finanzordnungswidrigkeit** gem § 51 FinStrG dar und werden mit einer Geldstrafe von bis zu € 5.000,- geahndet. In Österreich besteht weiters eine – allerdings sanktionslose – Belegannahmeverpflichtung für den Kunden.

TIPP: Gerade jetzt in der Weihnachtszeit mit hoher Kundenfrequenz werden solche Überprüfungen verstärkt durchgeführt werden. Es empfiehlt sich eine Registrierkassenmappe mit wichtigen Anleitungen (z.B. wie drucke ich einen Monatsbeleg/Jahresbeleg aus) bzw. Informationen für die Mitarbeiter anzulegen, welche dem Kontrollorgan vorgelegt werden kann.

Arbeitszeitaufzeichnungen sind Dreh- und Angelpunkt vieler Überprüfungen

Ähnlich wie das Fahrtenbuch sind die **Arbeitszeitaufzeichnungen** eine der wesentlichen **Grundaufzeichnungen**, die sich ein Prüfungsorgan vorlegen lässt. Als Grundaufzeichnung gelten Arbeitszeitaufzeichnungen, die taggenau und nachvollziehbar sind und nicht als Aggregation oder Übertrag in einer Excelliste geführt werden. Der Gesetzgeber verpflichtet den Arbeitgeber zur Führung von Arbeitszeitaufzeichnungen. Auch wenn der Arbeitgeber die Aufzeichnungspflicht auf die Arbeitnehmer überträgt, bleibt der Arbeitgeber – bei sonstiger Verwaltungsstrafe – dafür verantwortlich, dass die Arbeitszeitaufzeichnungen existieren, vollständig und richtig sind.

Bei gänzlich fehlenden Grundaufzeichnungen kommt es nach dem Arbeitszeitgesetz zur **kumulativen Strafwirkung**. Das bedeutet einen Strafrahmen von **€ 72,- bis € 1.815,- je Dienstnehmer**. Darüber hinaus können auch mangelhafte Aufzeichnungen bestraft werden.

Auch aus abgabenrechtlicher Sicht kann die ordnungsgemäße Führung von Arbeitszeitaufzeichnungen erforderlich sein (z.B. zur Geltendmachung von Steuerbefreiungen für Überstundenzuschläge). Dies gilt auch für Personen, die nicht dem Arbeitszeitgesetz unterliegen (z.B. leitende Angestellte).

TIPP: Es empfiehlt sich, den Grundaufzeichnungen der täglichen Arbeitszeit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

COVID-19-Förderprüfung – nachträgliche Prüfung durch die Finanzverwaltung

Das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz (CFPG) sieht eine nachträgliche Kontrolle von aufgrund der COVID-19-Pandemie gewährten Förderungen (z.B. Fixkostenzuschuss, Umsatzeratz, Ausfallsbonus, Verlustersatz oder Kurzarbeitsbeihilfe) vor. Mittlerweile finden immer mehr dieser nachträglichen Kontrollen durch die Finanzverwaltung im Zuge einer Außenprüfung, Nachschau oder begleitenden Kontrolle statt. Dabei werden die **Finanzämter als Gutachter für die Förderstellen tätig** und nicht in ihrer Funktion als Abgabenbehörde.

Jedoch gelten für die Förderungsprüfung grundsätzlich dieselben Regelungen wie für „klassische“ Prüfungsmaßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass für den Prüfungsgegenstand (Fördermaßnahme) ein **Prüfungsauftrag** zu erteilen ist. Zudem ist im Rahmen der Förderungsprüfung – wie bei allen abgabenrechtlichen Prüfungen – das Parteigehör zu wahren sowie nach Beendigung der Prüfung über deren Ergebnis eine **Schlussbesprechung** abzuhalten. Zu dieser Schlussbesprechung ist der Abgabepflichtige, welcher die Förderung in Anspruch genommen hat, einzuladen. Aufgrund der sinngemäßen Teilanwendung der BAO ist sodann im Rahmen der Schlussbesprechung das von der Abgabenbehörde erstellte Gutachten dem Förderungswerber iSd Wahrung des Parteigehörs vorzulegen. Weiters ist Einsicht zu gewähren und die Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen. Über die Schlussbesprechung ist eine **Niederschrift** anzufertigen.

Grundsätzlich ist ein **Prüfgutachten** nur dann zu erstellen, **wenn fehlerhafte Angaben** (Zweifel an deren Richtigkeit) oder sonstige Umstände **entdeckt worden sind**, welche die Förderstelle zu einer zivilrechtlichen Rückforderung der Förderung oder strafrechtlichen Anzeige veranlassen könnten. Da jedoch ohnehin eine Schlussbesprechung stattzufinden hat, besteht der Anspruch des Förderungswerbers, dass in der Niederschrift zur Schlussbesprechung der Umstand, dass im Zuge der CFPG-Prüfung keine Feststellungen getroffen wurden, festgehalten wird. Dadurch wiederum wird die Rechtssicherheit des Abgabepflichtigen erhöht. Der Förderungswerber

hat jedenfalls ein Recht darauf zu erfahren, ob es tatsächlich Feststellungen gibt. Die in Anspruch genommenen Förderungen sind somit in der Schlussbesprechung zu erörtern. Die **Gutachtenserstellung ist kein Bescheid, gegen den ein Rechtsmittel eingebracht werden kann**. Daher ist es besonders wichtig, alle Argumente, Sachverhaltselemente und Fakten bei der **Schlussbesprechung vorzubringen und protokollieren zu lassen**.

HINWEIS: Erfahrungsgemäß werden die erstellten Gutachten oftmals nicht dem Abgabepflichtigen zur Einsicht vorgelegt. Entscheidend ist jedoch, dass im Rahmen einer Förderungsprüfung das Recht des Förderungswerbers besteht, in das Gutachten Einsicht zu nehmen und in diesem Zusammenhang das Parteigehör zu wahren.

Aktuelle höchstgerichtliche Entscheidungen

VwGH: Progressionsvorbehalt im Quellenstaat wurde bestätigt

In grenzüberschreitenden Sachverhalten werden Doppelbesteuerungskonflikte dadurch gelöst, dass auf Basis von zwischenstaatlichen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) einem Staat das Besteuerungsrecht zugewiesen und dem anderen Staat entzogen wird. Verfügen Steuerpflichtige über Wohnsitze in mehreren Staaten, muss zunächst geprüft werden, welcher dieser Staaten der DBA-rechtliche Ansässigkeitsstaat ist. Andere Staaten, aus denen Einkünfte zufließen, sind dann als DBA-rechtliche Quellenstaaten zu qualifizieren. Steht das Besteuerungsrecht an Einkünften dem Quellenstaat zu, muss der Ansässigkeitsstaat die Einkünfte – je nach anwendbarem DBA – entweder unter Progressionsvorbehalt befreien oder die im Quellenstaat rechtmäßig erhobene Steuer anrechnen. Die DBA-rechtlichen Entlastungsregeln, die auch den Progressionsvorbehalt regeln, gelten immer nur für den Ansässigkeitsstaat.

Soweit das anwendbare DBA die Befreiungsmethode mit Progressionsvorbehalt vorsieht, darf der Ansässigkeitsstaat für die Beurteilung der Höhe des Steuersatzes das (in- und ausländische) Welt-einkommen des Steuerpflichtigen heranziehen. Dadurch wird das im Ansässigkeitsstaat zu versteuernde Einkommen einem höheren Steuersatz unterworfen und kommt es zu einer Gleichstellung von rein nationalen mit grenzüberschreitenden Sachverhalten.

Der VwGH hat nun aber in seinem jüngsten Erkenntnis ([VwGH 07.09.2022, Ra 2021/13/0067](#)) entschieden, dass Österreich auch als DBA-rechtlicher Quellenstaat den Progressionsvorbehalt anwenden darf. Voraussetzung hierfür sei, dass der Steuerpflichtige der unbeschränkten Steuerpflicht unterliege (Wohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt!), und dass das anwendbare DBA eine Anwendung des Progressionsvorbehaltes im Quellenstaat nicht verbiete. Soweit ersichtlich, dürfte das allerdings keines der von Österreich abgeschlossenen DBA verbieten. Dieses VwGH-Urteil stellt einen Paradigmenwechsel dar und steht im Widerspruch zur bisherigen Verwaltungspraxis in Österreich.

Bei in Österreich unbeschränkten Steuerpflichtigen

mit Ansässigkeit im Ausland (Österreich ist nur DBA-rechtlicher Quellenstaat) ist laut Ansicht des VwGH somit auch ein Progressionsvorbehalt zu berücksichtigen.

Die Praxis der österreichischen Finanzverwaltung sieht dies aktuell noch anders und steht somit im Widerspruch zu dieser jüngsten Rechtsprechung. Ob und inwieweit es zu einer Anpassung dieser Verwaltungspraxis kommt, bleibt abzuwarten. **Eine Berücksichtigung des Progressionsvorbehaltes im Quellenstaat Österreich dürfte zu einer Mehrbelastung für viele Steuerpflichtige (sowohl hinsichtlich Steuerbelastung als auch Verwaltungsaufwand in Österreich) führen.**

VwGH: ImmoEST bei Verkauf eines vermögensverwaltenden KG-Anteils

Wird ein Anteil an einer vermögensverwaltenden KG veräußert, so stellt dies eine aliquote Veräußerung aller Wirtschaftsgüter des Beteiligungsunternehmens dar. Demnach müssen zunächst alle Vermögensgegenstände einzeln mit dem Verkehrswert bewertet und der Veräußerungserlös im Verhältnis den Vermögensgegenständen zugeordnet werden. Ist eine Liegenschaft im Vermögen der KG, so führt dies zu einer privaten Grundstücksveräußerung, für die Immobilienertragsteuer abzuführen ist. Die Höhe der Immobilienertragsteuer wird wie gewohnt (adaptierte Anschaffungskosten minus Veräußerungserlös) ermittelt.

VwGH: Unrechtmäßige Vorsteuern können nicht nachträglich berichtigt werden

Im vorliegenden Fall hat ein Steuerpflichtiger auf Grund eines „Werkvertrags“ Leistungen mit Umsatzsteuer an eine GmbH erbracht. Dieses Arbeitsverhältnis wurde im Rahmen einer Prüfung von einem Werkvertrag in ein Dienstverhältnis umqualifiziert. Daraufhin hat der Steuerpflichtige seine Rechnungen berichtigt und die bezahlte Umsatzsteuer vom Finanzamt zurückgefordert [und auch erhalten]. Die spiegelbildliche Korrektur (nachträgliche Rechnungsberichtigung) auf Seiten der GmbH ist nach Ansicht des VwGH nicht möglich, da der Vorsteuerabzug nie zugestanden ist. Eine Vorsteuerkürzung wäre nur durch Wiederaufnahme (Berichtigung ex tunc) und nicht durch nachträgliche Rechnungsberichtigung möglich gewesen.

Last Minute - 31.12.2022

Spenden

Gerade in der Vorweihnachtszeit wird traditionell viel gespendet. Spenden an begünstigte Spendempfeänger sind grundsätzlich bis zu 10% des **laufenden Gewinnes** bzw. bis zu 10% des **laufenden Jahreseinkommens für das Jahr 2022** als Betriebsausgabe/Sonderausgabe steuerlich absetzbar. Spenden, die bis zum 31.12.2022 überwiesen werden, können noch für das Jahr 2022 steuerlich geltend gemacht werden.

Ankauf von Wertpapieren für optimale Ausnutzung des Gewinnfreibetrages 2022

Die zur Ausnutzung des investitionsbedingten Gewinnfreibetrages angeschafften Wertpapiere müssen bis spätestens 31.12.2022 auf Ihrem Depot eingebucht sein.

Registrierkassen - Jahresendbeleg

Der **Dezember-Monatsbeleg ist gleichzeitig auch der Jahresbeleg**. Sie müssen daher nach dem letzten getätigten Umsatz bis zum 31.12.2022 den **Jahresbeleg erstellen** und den **Ausdruck sieben Jahre aufbewahren!** Denken Sie auch an die Sicherung auf einem externen Datenspeicher. Für die **Prüfung des Jahresendbeleges** mit Hilfe der Belegcheck-App ist **bis zum 15.02.2023** Gelegenheit dazu. Für webservice-basierte Registrierkassen werden diese Schritte automatisiert durchgeführt.

Bei Fruchtgenussobjekten rechtzeitig Substanzabgeltung überweisen

Sie haben eine **Immobilie unter Vorbehalt des Fruchtgenussrechtes verschenkt** und die Zahlung einer **Substanzabgeltung** vereinbart, damit Sie weiterhin die Abschreibung geltend machen können? Dann denken Sie daran, die Substanzabgeltung **auch noch heuer an den Geschenknahmer zu überweisen**, da Sie ansonsten keine Abschreibung geltend

machen können. Nach Ansicht des BMF ist diese Substanzabgeltung umsatzsteuerpflichtig.

Kroatien führt ab 01.01.2023 den EURO ein

Ab 01.01.2023 ersetzt der EURO die bisherige Nationalwährung Kuna. Der Umstellungskurs beträgt 1 Euro = 7,53450 Kuna.

Maklergebühren: Bestellerprinzip kommt (noch) nicht!

Im März 2022 wurde von den Regierungsparteien verkündet, dass das sogenannte „Bestellerprinzip“ bei Maklergebühren ab dem 01.01.2023 in Österreich eingeführt werden soll. Demnach sollen künftig diejenigen, welche den Makler engagiert haben (die Besteller) auch die Maklergebühren bezahlen. In den meisten Fällen führt dies dazu, dass, anders als bisher üblich, die Liegenschaftseigentümer die Maklerrechnungen zu tragen hätten.

Die Regierungsparteien haben sich jedoch im März nur auf das „Bestellerprinzip“ selbst geeinigt, nicht aber auf die konkrete Ausformulierung des Gesetzes. Derzeit gibt es noch keine Einigung über den Gesetzestext, was zur Folge hat, dass der **Startschuss für das „Bestellerprinzip“ vom 01.01.2023 bis zu einer Einigung verschoben wird**.

Die aktuellen Zinssätze der Finanz im Überblick

Zur Eindämmung der Inflation wurde seitens der EZB der Leitzinssatz im Jahr 2022 mehrmals erhöht. Aktuell liegt der EZB-Leitzins bei 2,00%. Für die **Stundungs-, Anspruchs-, Aussetzungs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinsen** gelten seit 02.11.2022 nachstehende Prozentsätze.

HINWEIS: Eine weitere Erhöhung ist noch für Dezember zu erwarten.

gesetzlich festgelegte Zinssätze	seit 27.07.2022	seit 14.09.2022	seit 02.11.2022
Stundungszinsen	1,88%	2,63%	3,38%
Anspruchszinsen	1,88%	2,63%	3,38%
Aussetzungszinsen	1,88%	2,63%	3,38%
Beschwerdezinsen	1,88%	2,63%	3,38%
Umsatzsteuerzinsen	1,88%	2,63%	3,38%

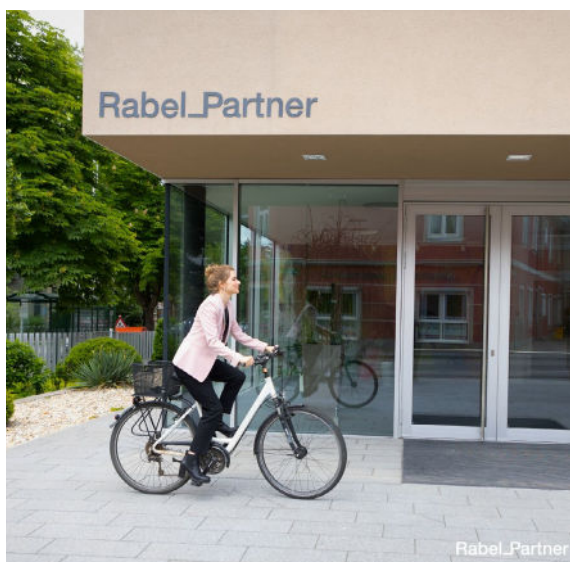
News

Unternehmensbewertung: Neuer Anwendungshinweis zur Bandbreite für die Markttrendite

Die Arbeitsgruppe Unternehmensbewertung hat kürzlich die Empfehlung KFS/BW1 E 7 zu Basiszins und Marktrisikoprämie um einen Anwendungshinweis ergänzt, der sich auf die Bandbreite für die erwartete nominelle Markttrendite bezieht.

Klaus Rabel: „Mit dem Anwendungshinweis wird auf die seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die aktuellen Entwicklungen auf den Kapitalmärkten reagiert.“

[Zur Publikation.](#)



Klimaschutz

Wir freuen uns, dass wir als Rabel & Partner mit allen vier Standorten eine CO₂ Neutrale Organisation sind und vom TÜV SÜD dementsprechend geprüft und verifiziert wurden.

Die CO₂ Neutralität wurde unter anderem durch den Bezug von erneuerbarer Energie (in Form von Öko-Strom) sowie unserem Mobilitätskonzept (E-Dienstautos, Scooter, Klimaticket Steiermark) erreicht. Nicht vermeidbare Emissionen wurden durch die Unterstützung eines zertifizierten Klimaschutzprojektes kompensiert.

Mehr Details finden Sie [hier](#).

Tax News Nr. 06/2022 Dezember

Diese Tax News wurden mit Sorgfalt erstellt, sind aber allgemein gehalten und können daher nur als erste allgemeine Information angesehen werden. Sie sind somit nicht geeignet, konkreten Beratungsbedarf abzudecken, sodass Sie die hier enthaltenen Informationen nicht verwerten sollten, ohne zusätzlichen professionellen Rat einzuholen. Bitte wenden Sie sich an die zuständigen Mitarbeiter der Rabel & Partner GmbH, um die hier erörterten Themen unter Bedachtnahme auf Ihre spezifische Beratungssituation zu besprechen. Rabel & Partner GmbH, deren Partner, Angestellte, Mitarbeiter und Vertreter übernehmen keinerlei Haftung oder Verantwortung für Schäden, die sich aus einem Handeln oder Unterlassen im Vertrauen auf die hier enthaltenen Informationen oder darauf gestützte Entscheidungen ergeben.

Fotos: [Marija Kanizaj](#), [Oliver Wolf](#), [Rabel & Partner](#);